

9. Chronologie der Europäischen Integration 1985

Januar

Ministerrat

1. Januar: Der Ratsvorsitz geht von Irland an Italien über.

Kommission

7. Januar: Die neue Kommission unter Präsident Jacques Delors nimmt ihre Tätigkeit auf.

Vereinigte Staaten

7. Januar: Die Kommission und eine Delegation der Vereinigten Staaten einigen sich in Brüssel über eine Begrenzung der amerikanischen Importquote für Stahlrohre auf 7,6% für 1985 und 1986.

Agrarpolitik

14./15. Januar: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel die Agrarstrukturpolitik, das Gemeinschaftszollkontingent für gefrorenes Rindfleisch und über die Weinregelung.

Pakistan

14.-17. Januar: Die Gemeinschaft und Pakistan paraphieren ein Abkommen, das die Leistungen des Handelsabkommens von 1976 um zwei neue Bereiche, nämlich Wirtschaft und Entwicklung, erweitert.

Europäisches Parlament

14.-18. Januar: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Kommissionpräsident Jacques Delors stellt den Abgeordneten die Leitlinien der neuen Kommission vor: Im Mittelpunkt steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Stärkung des Europäischen Währungssystems und die Verwirklichung des Binnenmarktes. In einer Entschließung spricht das Parlament der Kommission das Vertrauen aus. Der amtierende Ratsprä-

sident, Giulio Andreotti, legt traditionsgemäß dem EP das Programm des italienischen Ratsvorsitzenden vor: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung des MwSt.-Anteils, um den Haushalt auszugleichen, Abschluß der Süderweiterung, Fortschritte bei der Europäischen Union. Das Parlament verabschiedet Entschließungen zu den jüngsten Terroranschlägen in Westeuropa, zur Hungersnot in Afrika, zu den Wirtschaftsbeziehungen mit den USA und verurteilt die Menschenrechtsverletzungen in Südostasien. Die nationalen Regierungen und die Kommission werden aufgefordert, die Mängel in der Agrarpolitik, die zur Vernichtung von Lebensmitteln führen, umgehend abzustellen. Die Abgeordneten beschließen die provisorische Haushaltsführung durch Verabschiedung ‚vorläufiger Zwölfstel‘ bis zur Vorlage des Haushalts 1985.

Norwegen und Schweden/Fischereipolitik

16./17. Januar: In Oslo berät die Gemeinschaft mit Norwegen und Schweden im Rahmen des Dreier-Fischereiabkommens die Fangbestimmungen für Skagerrak und Kattegat.

China

21. Januar: Der Vizepräsident der staatlichen Wirtschaftskommission, Chang Yanning, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab.

Europäisches Parlament

22.-25. Januar: Der Präsident des EP, Pierre Pflimlin, stattet der Bundesrepublik Deutschland einen offiziellen Besuch ab.

EPZ

23. Januar: Im Rahmen einer EPZ-Erklärung verurteilen die Mitgliedstaaten der EG die vietnamesischen Angriffe auf Flüchtlingslager entlang der thailändisch-kambodschanischen Grenze.

Spanien

28. Januar: In Brüssel findet die 27. Ministertagung im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Spanien statt.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

28./29. Januar: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG, die Integrierten Mittelmeerprogramme, die Eigenmittel und die Ernennung der Vizepräsidenten der Kommission. Am Rande der Tagung fordern die Außenminister im Rahmen der EPZ die beiden Volksgruppen in Zypern auf, ihre Gespräche fortzuführen. Weitere Beratungsthemen sind Mittelamerika, Polen und der Terrorismus.

Grönland

28.-30. Januar: In Brüssel finden Konsultationen zwischen der Gemeinschaft und Grönland über die Anwendung des zwischen der Gemeinschaft, der Regierung Dänemarks und der Lokalregierung Grönlands geschlossenen Fischereiabkommens statt.

Europarat

28. Januar-1. Februar: In Straßburg berät die Parlamentarische Versammlung des Europarates die Lage in Lateinamerika, die Beziehungen zwischen Europa und den USA und die Ursachen der Spannungen, die diese Beziehung kennzeichnen. Sie verabschiedet den Entwurf einer Konvention zum Schutz der Ausübung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten. Am Rande dieser Tagung befaßt sich der Ministerrat in einer Sondersitzung mit den Ost-West-Beziehungen.

Kommission

29. Januar: Die Vertreter der nationalen Regierungen ernennen Frans Andriessen, Henning Christophersen, Lord Francis Arthur Cockfield, Karl-Heinz Narjes und Lorenzo Natali zu den Vizepräsidenten der Kommission, deren Amtszeit am 5. Januar 1987 endet.

Portugal

29. Januar: In Brüssel findet die 25. Ministertagung im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Portugal statt.

Österreich

30. Januar: Der österreichische Außenminister Leopold Gratz stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

30./31. Januar: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß tritt zu seiner 223. Plenartagung zusammen und gibt Stellungnahmen zur Mittelmeerpolitik der erweiterten Gemeinschaft und zur Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein ab.

Frankreich

31. Januar: Frankreich legt vor der Kommission formal Einspruch gegen das Konzept der Bundesrepublik Deutschland zur Kauf- und Umrüstförderung für schadstoffarme Kraftwagen ein.

Februar

Grönland

1. Februar: Grönland tritt aus der EG aus, erhält aber den Status eines überseeischen Landes, das mit der EG assoziiert ist.

Sozialpolitik

2. Februar: Bei einem informellen Treffen in Venedig berät der Rat der Arbeits- und Sozialminister über Arbeitszeitregelungen.

Australien

4. Februar: Der australische Premierminister Bob Hawke berät bei seinem offiziellen Besuch der Kommission mit Präsident Jacques Delors die internationale Lage und die bilateralen Beziehungen.

China

5. Februar: Anlässlich der Einweihung des chinesischen Absatzförderungszentrums für Westeuropa in Hamburg bekräftigen das für Außenbeziehungen zuständige Kommissionsmitglied, Willy De Clercq, und die chinesische Ministerin für Außenhandels- und Außenwirtschaftsbeziehungen, Chen Muhua, die Entschlossenheit beider Seiten, ihren Handel weiter auszubauen.

Bundesrepublik Deutschland

8. Februar: Anlässlich eines Berichtes der Bundesregierung findet im Bundesrat eine Debatte über die Integration der Bundesrepublik in der EG statt.

Japan

10./11. Februar: In Kyoto (Japan) treffen sich das für Handelspolitik zuständige Kommissionsmitglied Willy De Clercq, der japanische Minister Keijiro Murata vom Ministerium für Außenhandel und Industrie, der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten William Brock sowie der kanadische Minister für Außenhandel James Kelleher, um über die Zunahme des protektionistischen Drucks und die Notwendigkeit für eine neue Runde multilateraler Handelsabkommen zu beraten.

Binnenmarktpolitik

11. Februar: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik und Verbraucherschutz berät auf seiner Tagung in Brüssel u.a. Erleichterungen der innergemeinschaftlichen Grenzkontrollen und -formalitäten, eine Politik zum Schutz und zur Information der Verbraucher und über Produkthaftung bei fehlerhaften Erzeugnissen.

Binnenmarkt/Haushaltspolitik

11. Februar: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Brüssel u.a. die Finanzierung der künftigen Agrarstrukturpolitik und die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten.

Golfstaaten

11./12. Februar: Im Rahmen seiner Europa-Reise stattet der Generalsekretär der Golfstaaten, Abdulla Bishara, der Kommission einen offiziellen Besuch ab.

Europäisches Parlament

11.-15. Februar: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten die Organisation des Weinmarktes, die Integrierten Mittelmeerprogramme, die Kriterien für die Zuteilung von Mitteln des Sozialfonds und die Agrarpreise; außerdem werden Stellungnahmen u.a. zum Schutz der Arbeitnehmer, zu Fischereifahrzeugen, zum 'Tag der Frau', zu Unwetter-schäden, Luftverschmutzung, zum Haushaltsplan 1985, zum vierzigsten Jahrestag des Abkommens von Jalta, zum Gedenken des Kriegsendes in Europa am 8. Mai, zur Situation der Häftlinge in Chile, Südafrika und Jugoslawien und zur Bekämpfung des Terrorismus ver-

abschiedet. Der israelische Staatspräsident, Chaim Herzog, gibt im Rahmen einer feierlichen Sitzung eine Erklärung für ein unabhängiges Libanon ab.

EPZ

12. Februar: Der Rat der Außenminister berät in Rom im Rahmen der EPZ über die Ost-West-Beziehungen und über Stellungnahmen zu Moçambique und Libanon.

Europäischer Gerichtshof

13. Februar: Der Europäische Gerichtshof spricht ein Urteil, wonach die Erhebung einer Abgabe oder einer Einschreibe- und Studiengebühr als Voraussetzung für den Zugang zum berufsbildenden Unterricht für Studenten aus anderen Mitgliedsländern eine verbotene Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit darstellt, wenn eine derartige Gebühr von inländischen Studenten nicht erhoben wird.

Soforthilfe Vietnam und Angola

13. Februar: Die Kommission beschließt eine Nahrungsmittelforthilfe für Vietnam und Angola aus den Mitteln des Haushaltsplanes 1985.

Israel

13. Februar: Der israelische Staatspräsident Chaim Herzog stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Zypern

15. Februar: Der Außenminister von Zypern, George Jacovu, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

EFTA/Österreich

15. Februar: Der österreichische Vizekanzler, Norbert Steger, der gleichzeitig Minister für Handel und Industrie ist und in dieser Eigenschaft für sein Land z.Z. den Vorsitz im Ministerrat der EFTA-Länder innehat, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Industriepolitik

15. Februar: Bei einem informellen Treffen in Rom berät der Ministerrat für Industriepolitik über schadstoffarme Kraftwagen und über Hilfen für die Stahlindustrie.

Allgemeine Angelegenheiten

18./19. Februar: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über den Beitritt von Spanien und Portugal zur EG, über Eigenmittel, die Integrierten Mittelmeerprogramme und Nahrungsmittelhilfen.

Spanien

19. Februar: In Brüssel findet die 28. Ministertagung im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Spanien statt.

Portugal

20. Februar: In Brüssel findet die 26. Ministertagung im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Portugal statt.

Soforthilfe Angola

21. Februar: Die Kommission beschließt eine Nahrungsmittelforthilfe für Angola.

Agrarpolitik

25.-27. Februar: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel u.a. die Agrarpreise und damit zusammenhängende Maßnahmen und die Strukturpolitik. Über die Marktordnung für Wein wird eine grundsätzliche Einigung erzielt.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

27./28. Februar: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß berät auf seiner 224. Plenartagung die Intensivierung der industriellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit und die Schaffung eines echten Binnenmarktes. Außerdem verabschiedet er Stellungnahmen zum Schutz des Waldes, zur Lage und den mittelfristigen Aussichten des Fischereisektors und zum Europäischen Währungssystem (EWS).

Allgemeine Angelegenheiten

28. Februar: Der Rat der Außenminister setzt in Brüssel seine Beratungen über die Erweiterung der EG, die Integrierten Mittelmeerprogramme und die Eigenmittel der EG fort.

Entwicklungspolitik

28. Februar/1. März: Das Lomé II-Abkommen läuft aus. Es tritt die Übergangslösung bis zum Inkrafttreten des Lomé III-Abkommen ein, welche eine Verlängerung der Bestimmungen von Lomé II und die Ausdehnung der Handelsregelung auf die neuen AKP-Staaten vorsieht.

März

Lateinamerika

1.-15. März: Kommissar Claude Cheysson besucht auf seiner Rundreise durch Lateinamerika Uruguay, Argentinien, Brasilien und Venezuela und würdigt in Uruguay und Brasilien die Rückkehr der Länder zur Demokratie.

Soforthilfe Chile

7. März: Die Kommission beschließt, dem von einem Erdbeben betroffenen Gebiet in Chile eine Soforthilfe in Höhe von 300 000 ECU zu gewähren.

Schweiz

7./8. März: Der Staatssekretär im schweizerischen Außenwirtschaftsministerium, Cornelio Sommaruga, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Umweltpolitik

7./8. März: In Brüssel bestätigt der Ministerrat für Umweltschutz seinen Willen zu einer Gemeinschaftslösung über Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Luft durch Autoabgase.

Wirtschaftspolitik

11. März: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen setzt in Brüssel seine Beratungen über die Finanzierung der Agrarstrukturpolitik fort, führt die erste Vierteljahresprüfung der Wirtschaftslage in der Gemeinschaft durch und berät den Jahresbericht 1983 des Rechnungshofes.

Israel

11./12. März: Der israelische Außenminister, Yitzak Shamir, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Agrarpolitik

11.-13. März: Der Rat der Landwirtschaftsminister stimmt auf seiner Tagung in Brüssel der neuen gemeinsamen Akte der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur zu, die u.a. Investitionsbeihilfen für landwirtschaftliche Betriebe und Sondermaßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten vorsieht. In bezug auf Griechenland werden besondere Maßnahmen für eine vorübergehende und degressive Beihilfe vorgesehen.

Europäisches Parlament

11.–15. März: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten debattieren über das Programm der neuen Kommission, lehnen die Agrarpreisvorschläge der Kommission für 1985/86 ab und fordern Preierhöhungen von 3,5%. In weiteren Entschlüssen fordert das EP die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal zügig abzuschließen, sowie verstärkte Hilfe für afrikanische Länder zu leisten, die von der Hungerkatastrophe betroffen sind. Außerdem stimmt es dem neu ausgehandelten Lomé-Abkommen zwischen den AKP-Staaten und der EG zu, kritisiert aber dessen unzulängliche Finanzausstattung.

Umweltpolitik

13. März: Die Kommission beschließt, gegen das Programm „Umweltforschung und Umwelttechnologie“ der Bundesrepublik Deutschland keine Einwände zu erheben. Das finanziell von der Kommission geförderte und mit 532 Mio. Haushaltsmitteln ausgestattete Programm (bis 1987) soll gesicherte Erkenntnisse über die Ursachen bestehender Umweltgefährdungen und Möglichkeiten ihrer Vermeidung erbringen.

Tunesien

14. März: Der tunesische Außenminister Beji Caid Essebsi stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Österreich

14. März: Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Energiepolitik

15. März: Der Ministerrat für Energiefragen setzt seine Beratungen über Energiefragen in Brüssel fort.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

17.–21. März: Der Rat der Außenminister beendet auf seiner Tagung in Brüssel die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal und einigt sich in der Frage der Integrierten Mittelmeerprogramme. Im Rahmen der EPZ gibt der amtierende Ratspräsident und italienische Außenminister Giulio Andreotti eine Presseerklärung zur Entwicklung in Südafrika ab.

Handelspolitik

17.–21. März: Der Ministerrat für Außenhandel gibt auf seiner Tagung in Brüssel eine Erklärung zu einer neuen Runde von Verhandlungen im Rahmen des GATT-Abkommens ab.

Umweltpolitik

20./21. März: Der Ministerrat für Umweltschutz setzt seine Beratungen über Luftverschmutzung in Brüssel fort und beschließt, das umweltfreundliche Auto ab Oktober 1988 in den zehn Mitgliedstaaten einzuführen.

Handelspolitik

21./22. März: Der zuständige Kommissar Willy De Clercq führt in Washington Gespräche mit dem Beauftragten für Außenhandel des amerikanischen Präsidenten, William Brock, mit dem Handelsminister, Malcolm Baldrige, und anderen Regierungsvertretern über die allgemeinen Handelsbeziehungen.

Agrarpolitik

25.–27. März: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt auf seiner Tagung in Brüssel die Agrarpreise und flankierende Maßnahmen für 1985/86 fest.

Bundesrepublik Deutschland

26. März: Eine Delegation des institutionellen Ausschusses des EP kommt zu Gesprächen über die Europäische Union in den Bundestag.

Industriepolitik

26./27. März: Der Ministerrat für Industriepolitik beschließt auf seiner Tagung in Brüssel, den 31. Dezember 1985 für die Zahlung aller Beihilfen der Stahlindustrie beizubehalten. In einer Erklärung widersetzt sich der Rat aller einseitigen amerikanischen Handelsbeschränkungen und fordert die Kommission auf, umgehend jede mögliche Gegenmaßnahme in Erwägung zu ziehen. Weitere Beratungsthemen sind die Erhöhung der Mindestpreise für bestimmte Eisen- und Stahlerzeugnisse, die Lage auf dem Schrottmarkt und moderne Produktionsanlagen.

Umweltpolitik

26.–28. März: In Basel findet eine Konferenz der Kommission, der Umweltminister und hochrangiger Vertreter der OECD-Länder und Ju-

goslawiens statt mit dem Ziel, zu einer raschen Ausarbeitung eines internationalen Überwachungssystems für die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle zu gelangen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

27./28. März: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß kann sich auf seiner 225. Plenartagung wieder nicht auf eine Stellungnahme zu den Vorschlägen der Kommission für die Agrarpreise einigen, verabschiedet aber eine Initiativ-Stellungnahme zu den Forschungsinitiativen der Gemeinschaft.

Spanien

27.-29. März: In Brüssel findet die 29. Ministertagung im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Spanien statt.

Portugal

27.-29. März: In Brüssel findet die 27. Ministertagung im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Portugal statt, auf der die wichtigsten Probleme in den Bereichen Fischerei und Landwirtschaft diskutiert werden, so daß einer Lösung der noch offenen Fragen zu diesen Themen nichts mehr im Wege steht.

Europäischer Rat

29./30. März: Auf der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel äußern die Staats- und Regierungschefs der zehn Mitgliedstaaten in den Schlußfolgerungen ihre Genugtuung darüber, daß es den Außenministern gelungen ist, die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal erfolgreich abzuschließen. Der Europäische Rat ersucht die zuständigen Stellen der Gemeinschaft, dafür zu sorgen, daß die Erweiterung tatsächlich zum 1. Januar 1986 erfolgen kann. Er befaßt sich außerdem mit Vorlagen der Kommission zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Gemeinschaft, der Stärkung der technologischen Grundlagen und der Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsindustrien sowie mit Fragen der Umwelt. Der Rat nimmt den Bericht des Ausschusses für das Europa der Bürger und den abschließenden Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen zur Kenntnis und verabschiedet die Integrierten Mittelmeerprogramme.

April

Agrarpolitik

1./2. April: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt seine Tagung von Ende März fort und verhandelt über die Festsetzung der Agrarpreise und flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1985/86.

Soforthilfe Moçambique

3. April: Aufgrund der Sturmschäden am Wasserkraftwerk von Cabora Bassa (Moçambique) beschließt die Kommission eine Soforthilfe in Höhe von 400 000 ECU.

Europäische Parteienzusammenschlüsse

9./10. April: In Madrid tagt der 14. Kongreß der Union der sozialistischen Parteien in der EG. In einer Entschließung verurteilen die Kongreßteilnehmer die amerikanischen Pläne für eine Initiative zur Strategischen Verteidigung (SDI).

Äthiopien

10.-14. April: Der Vizepräsident der Kommission, Lorenzo Natali, hält sich in Äthiopien auf, um die Probleme im Zusammenhang mit der Durchführung der humanitären Hilfe für die von der Hungernot heimgesuchten Gebiete zu prüfen.

Währungspolitik

13./14. April: Der Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister berät bei einem informellen Treffen in Palermo über die Stärkung der Rolle der Europäischen Währungseinheit.

Uruguay/Lateinamerika

15. April: Der Außenminister Uruguays, Enrique Iglesias, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab und berät mit deren Vertretern über die Beziehungen zwischen der EG und Lateinamerika und die internationale Verschuldung.

Europäisches Parlament

15.-19. April: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Der amtierende Ratspräsident, der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi, erläutert den Abgeordneten die Ergebnisse des Europäischen Rates in Brüssel. Der Präsident der Kommission, Jacques Delors, zeichnet eine positive Entwicklung der Gemeinschaft nach. Mit 202 ge-

gen 52 Stimmen fordert das EP die Einberufung einer Regierungskonferenz über die Europäische Union; es entlastet die Kommission für ihre Haushaltsführung im Jahr 1983. In verschiedenen Entschlüssen verurteilt das EP Menschenrechtsverletzungen in Chile, Iran, Paraguay und der Türkei und fordert den Abbruch aller wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen mit Südafrika, spricht sich für ein gemeinsames Vorgehen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus aus und kritisiert die amerikanischen Beschränkungen von Stahl- und Eiseneinfuhren aus der Gemeinschaft.

EFTA

16. April: Hohe Beamte der EFTA-Länder und der Kommission treffen sich in Brüssel, um über die Maßnahmen im Anschluß an die Luxemburger Erklärung, die eine Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen vorsieht, zu beraten und gleichzeitig die nächste Tagung auf Ministersebene vorzubereiten.

Malta

17. April: Der maltesische Premierminister, Mifsud Bonnici, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab.

Sao Thomé/Principe

18. April: Das Abkommen zwischen der Gemeinschaft und der Demokratischen Republik Sao Thomé und Principe über die Fischerei vor deren Küste tritt in Kraft.

Vereinigten Staaten

21.-27. April: Der Präsident der Kommission, Jacques Delors, hält sich zu einem Besuch in den Vereinigten Staaten auf und trifft in Washington mit Präsident Ronald Reagan, Vizepräsident George Bush und Außenminister George Shultz zu Gesprächen über gesamtwirtschaftliche Fragen und die eng damit verknüpften währungspolitischen, finanziellen und handelspolitischen Probleme zusammen.

Jugoslawien

22. April: Das Mitglied des jugoslawischen Bundesexekutivrates, L. Baban, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab.

Agrarpolitik

22./23. April: Der Rat der Landwirtschaftsmini-

ster erzielt auf seiner Tagung in Brüssel keine Erfolge bei der Festsetzung der Agrarpreise für 1985/86 und der Verabschiedung von flankierenden Maßnahmen.

Forschung

22./23. April: Bei einem informellen Treffen in Rom beraten die Forschungsminister über gemeinsame Forschungsvorhaben, über die europäische Haltung zur amerikanischen Initiative zur Strategischen Verteidigung (SDI) und über das europäische Technologieprogramm Eureka.

Europarat

22.-26. April: Auf ihrer Tagung in Straßburg begrüßt die Parlamentarische Versammlung des Europarates in einer Entschlüsselung die Verbesserung der Lage in der Türkei und fordert die türkische Regierung auf, weitere Fortschritte auf dem Gebiet der Menschenrechte zu verwirklichen. Außerdem ruft sie Malta in einer Entschlüsselung auf, sein Gesetz über ausländische Einflüsse zu überprüfen. Der amtierende Vorsitzende des Ministerkomitees, der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der EG.

Europäische Parteienzusammenschlüsse

23. April: In Luxemburg beraten die Vorsitzenden der Mitgliedsparteien der EVP über die Europäische Union, eine engere Zusammenarbeit der christdemokratischen und konservativen Parteien der EG und die Formulierung eines eigenständigen europäischen Sicherheitskonzepts.

Haushaltspolitik

23./24. April: Der Ministerrat für Haushaltsangelegenheiten einigt sich auf seiner Tagung in Luxemburg auf einen Haushaltsentwurf für 1985 sowie ein Regierungsabkommen über nichtrückzahlbare Vorschüsse für 1985. Am Rande dieser Sitzung findet ein Treffen zwischen einer Delegation des EP und dem Rat über den Gesamthaushaltsplan für 1985 statt.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

24./25. April: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß trifft zu seiner 226. Plenartagung zusammen, an der der Präsident des EP, Pierre Pflimlin, teilnimmt.

Binnenmarktpolitik

25. April: Entsprechend der Stellungnahme des EP ändert die Kommission ihren Vorschlag für eine Verordnung hinsichtlich der volltariflichen Behandlung von Waren im persönlichen Gepäck und von an Privatpersonen gerichteten Kleinsendungen. Die Freibeträge für Reisende im Alter ab 15 Jahren sollen auf 100 ECU und für Reisende unter 15 Jahren auf 50 ECU heraufgesetzt werden. Der Höchstbetrag bei der Verzollung zum Pauschalbetrag soll auf 200 ECU festgesetzt werden.

Europarat

25. April: Auf der Tagung des Ministerkomitees in Straßburg begrüßen die Minister den bevorstehenden Beitritt Spaniens und Portugals zur EG als Beitrag zur Einigung Europas. Sie betonen, daß das gemeinsame europäische kulturelle Erbe nicht an den politischen Grenzen Europas haltmache. Der Ministerrat nimmt eine Entschließung an, mit der Generalsekretär Oreja beauftragt wird, in Brüssel über konkrete Vorschläge zur Verstärkung der Zusammenarbeit des Europarates und der Gemeinschaft zu verhandeln. Außerdem lehnt er den Antrag der Türkei ab, außerhalb des vereinbarten Termins den Vorsitz im Ministerkomitee zu übernehmen.

Soforthilfe Sudan

26. April: Die Kommission beschließt ein zweites Programm in Höhe von 35 Mio. ECU zugunsten der Dürreopfer und der im Sudan untergebrachten Flüchtlinge aus den Nachbarländern.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

29./30. April: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg u.a. über neue Eigenmittel der EG, den Bonner Weltwirtschaftsgipfel und den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG. Am Rande der Tagung verabschieden die Außenminister verschiedene Erklärungen im Rahmen der EPZ zum Nahen Osten, den Ost-West-Beziehungen, dem iranisch-irakischen Krieg sowie zum Expertentreffen über Menschenrechte der KSZE in Ottawa. Sie beschließen, daß ab September 1985 Spanien und Portugal Beobachterstatus bei den EPZ-Zusammenkünften haben sollen.

Japan

30. April: Der japanische Minister für Außenhandel und Industrie, Keijiro Murata, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche über den Stand der Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan.

Wirtschaftspolitik

30. April: Die Kommission beschließt, die zur Festlegung der Stahlquoten für das zweite Quartal 1985 anzuwendenden prozentualen Kürzungen zu ändern.

Angola

30. April: Die Volksrepublik Angola unterzeichnet als 66. AKP-Staat das 3. Abkommen von Lomé, das von den anderen Staaten bereits am 8. Dezember 1984 in Togo unterschrieben worden war.

Sozialpolitik/Haushaltspolitik

30. April: Die Kommission legt die Leitlinien für die Verwaltung des Europäischen Sozialfonds während der Haushaltsjahre 1986 bis 1988 fest. Diese neuen Leitlinien sollen zu einer besseren Konzentration der Interventionen des Sozialfonds in den Gebieten und Bereichen beitragen, in denen seine Hilfe am notwendigsten und am wirksamsten ist, den Fonds stärker an der industriellen Modernisierung und Umstrukturierung und den neuen Technologien teilhaben lassen und die Qualität der zuschufähigen Vorhaben verbessern.

Mai

Weltwirtschaftsgipfel

2.-4. Mai: In Bonn treffen sich die Staats- und Regierungschefs von Japan, Kanada, den Vereinigten Staaten, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, dem Vereinigten Königreich sowie der Präsident der EG-Kommission zum 11. Weltwirtschaftsgipfel und geben Erklärungen „Für dauerhaftes Wachstum und höhere Beschäftigung“ und zum 40. Jahrestag des Endes des II. Weltkrieges ab.

Agrarpolitik

2.-5. Mai: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt auf seiner Tagung in Luxemburg die Beratungen über die Festsetzung der Agrarpreise 1985/86 sowie über flankierende Maßnahmen fort.

Sozialpolitik

3. *Mai*: Auf einem informellen Treffen in Venedig beraten die Gesundheitsminister über die europäische und nationale Gesundheitspolitik.

Europäisches Parlament

6.–10. *Mai*: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Der amerikanische Präsident, Ronald Reagan, hält vor dem EP eine Rede, insbesondere zum Ost-West-Konflikt und zur Rolle Europas in der Welt. Mit 119 gegen 116 Stimmen lehnen die Abgeordneten eine Entschliebung zu Nicaragua ab, die zu verstärkter Hilfe nach dem amerikanischen Wirtschaftsembargo gegen Nicaragua aufruft. Das EP stimmt dem vom Rat der Finanzminister ausgearbeiteten Haushaltsentwurf für das laufende Jahr bei einigen Änderungen grundsätzlich zu. Außerdem verabschiedet es weitere Entschliebungen zum Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal, für eine umfassende gemeinsame Politik gegenüber allen Mittelmeeranrainern und zur Lage im Libanon, verurteilt die terroristischen Anschläge in Europa und zeigt sich besorgt über die Hungersnot in Äthiopien.

Binnenmarktpolitik

7. *Mai*: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik verabschiedet auf seiner Tagung in Brüssel Leitlinien zur technischen Harmonisierung von Normen und berät Erleichterungen der Kontrollen von Formalitäten an den innergemeinschaftlichen Grenzen.

Haushaltspolitik

7. *Mai*: Der amtierende Ratspräsident und italienische Außenminister, Giulio Andreotti, gibt den Beschluß des Rates bekannt, den nationalen Mehrwertsteueranteil für die EG zum 1.1.1986 auf 1,4% zu erhöhen.

Kulturpolitik

7.–9. *Mai*: In Brüssel tagt die ständige Konferenz der europäischen Bildungsminister zum Thema „Allgemeine und berufliche Bildung der Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren – Probleme und Perspektiven“.

Marokko

9.–11. *Mai*: Das für die Mittelmeer-Region zuständige Kommissionsmitglied Claude Cheysson stattet Marokko einen offiziellen Besuch ab und

führt Gespräche mit Premierminister Karim Lamrani.

EFTA

10. *Mai*: Anlässlich des 25. Jahrestags der EFTA treffen der Kommissionspräsident und das für auswärtige Beziehungen und Handelspolitik zuständige Kommissionsmitglied Willy De Clerq in Wien mit dem österreichischen Bundeskanzler und Ministern der EFTA-Staaten zusammen.

Agrarpolitik

13.–16. *Mai*: Der Rat der Landwirtschaftsminister erzielt auf seiner Tagung in Brüssel eine Einigung über alle Sektoren im Zusammenhang mit der Festsetzung der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1985/86 mit der Ausnahme von Getreide und Raps.

Heiliger Stuhl

20. *Mai*: Der Papst Johannes Paul II. stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab, um damit die Beachtung zum Ausdruck zu bringen, die der Heilige Stuhl der Einigung Europas und insbesondere den Beziehungen der Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern schenkt. Er trifft mit dem Präsidenten der Kommission, Jacques Delors, dem amtierenden Ratspräsidenten, Giulio Andreotti sowie dem Präsidenten des EP, Pierre Pflimlin, zusammen.

Allgemeine Angelegenheiten

20. *Mai*: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG, die Beziehungen zu den EFTA-Ländern, den Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für das Europa der Bürger und gibt eine Erklärung über die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten im Sektor Stahl ab.

Westeuropäische Union

20.–23. *Mai*: In Paris beschließt die 31. ordentliche Tagung der WEU-Versammlung die Debatte über die amerikanische Initiative zur Strategischen Verteidigung (SDI) auf die Herbsttagung zu verschieben.

China

21. *Mai*: In Brüssel wird ein Kooperationsabkommen über handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und der Volksrepublik China mit einer Laufzeit von fünf Jahren beschlossen.

Regierungskonferenz

21. Mai: Der italienische Außenminister und amtierende Ratspräsident, Giulio Andreotti, übergibt in Brüssel seinen Amtskollegen sowie der Kommission und dem EP den vorläufigen Entwurf eines Mandats für die Regierungskonferenz über die Europäische Union, der von den Außenministern der Mitgliedstaaten Anfang Juni in Stresa erörtert werden soll.

Verbraucherschutz

21. Mai: Der Ministerrat für Verbraucherschutz berät auf seiner Tagung in Brüssel u.a. über Haftung bei fehlerhaften Produkten und über Haus-türgeschäfte.

Europäischer Gerichtshof

22. Mai: Der Europäische Gerichtshof entscheidet im Verfahren des EP gegen den Rat wegen Untätigkeit auf dem Gebiet der gemeinsamen Verkehrspolitik, daß der Rat unter Verletzung des EWG-Vertrages es unterlassen hat, die Dienstleistungsfreiheit auf dem Gebiet des internationalen Verkehrs sicherzustellen und die Bedingungen für die Zulassung von Verkehrsteilnehmern zum Verkehr innerhalb eines Mitgliedstaates, in dem sie nicht ansässig sind, festzulegen. Im übrigen wird die Klage abgewiesen.

Haushaltspolitik

22. Mai: Der Ministerrat für Haushaltsangelegenheiten trifft sich in Brüssel zu einer Sitzung mit einer Delegation des EP und berät mit ihr den Entwurf des Haushaltsplanes 1985.

Entwicklungspolitik

23. Mai: Der Ministerrat für Entwicklungsfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 22. Mai, das dem Rat Untätigkeit bei der gemeinsamen Verkehrspolitik vorwirft und diskutiert den Ausbau der gemeinsamen Verkehrspolitik und die Überprüfung der sozialen Vorschriften im Straßenverkehr.

Soforthilfe Bangladesch

28. Mai: Die Kommission beschließt eine Soforthilfe für Bangladesch in Höhe von 500 000 ECU wegen der durch Wirbelstürme verursachten Verwüstungen.

Kulturpolitik

28. Mai: Der Ministerrat für Kulturpolitik berät auf seiner Tagung in Brüssel u.a. über Buchpreise, ein multilaterales Fördersystem für die Europäische Film- und Fernsehprogrammindustrie und beschließt, alljährlich eine 'Europäische Kulturstadt' zu benennen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

29./30. Mai: Auf der 227. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses, an der der italienische Arbeits- und Sozialminister, Gianni De Michelis, und das für Energiefragen zuständige Kommissionsmitglied, Nicolas Mosar, teilnehmen, werden u.a. Initiativstellungen zur Verhütung und Bekämpfung von Krebsrisiken am Arbeitsplatz, zu Leitlinien der Wanderungspolitik der Gemeinschaft und eine Verordnung über die Integrierten Mittelmeerprogramme beschlossen.

Juni

Industriepolitik

3. Juni: Der Ministerrat für Industriepolitik und Telekommunikation erörtert auf seiner Tagung in Luxemburg die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Telekommunikationsbereichs.

Bildungspolitik

3. Juni: Der Rat der Bildungsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel u.a. ein Aktionsprogramm zur Förderung der Chancengleichheit für Mädchen und Jungen im Bildungswesen.

Japan

3.-5. Juni: Bei Konsultationen in Tokio zeigt sich eine Delegation der Kommission beunruhigt über die Gefahren, die dem internationalen Handelssystem wegen der derzeitigen Unausgewogenheit des Warenverkehrs drohen und auch darüber, daß die bilateralen Handelsprobleme trotz der wiederholten Erklärungen von höchsten japanischen Stellen über die Öffnung des Marktes noch immer bestehen.

Neuseeland

4. Juni: Der neuseeländische Minister für Außenhandel stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Forschung

4. Juni: Der Ministerrat für Forschung berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die Forschungspolitik und einen Entwurf von Schlußfolgerungen zur gemeinschaftlichen Wissenschafts- und Technologiepolitik.

Europäische Parteienzusammenschlüsse

6./7. Juni: Auf dem 12. Kongreß der in der Europäischen Demokratischen Union zusammengefaßten christdemokratischen Parteien Europas in Madrid wird der italienische Politiker Emilio Colombo zum neuen Präsidenten gewählt. Die Versammlung spricht sich für die europäische Einigung als einzigen Ausweg aus den bestehenden Problemen Europas und für die Mitgliedschaft Spaniens in der NATO aus.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

8./9. Juni: In Stresa beraten die Außenminister der EG die Reform der Gemeinschaft im Rahmen der EPZ über Mittelamerika, verurteilen in einer Erklärung die gewalttätigen Ausschreitungen im Libanon und beschließen einen formlosen Dialog mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Binnenmarktpolitik

10. Juni: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die europäische wirtschaftspolitische Interessenvereinigung und Erleichterungen der Kontrollen und Förmlichkeiten an den innergemeinschaftlichen Grenzen.

Europäisches Parlament

10.–14. Juni: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Der italienische Staatspräsident Sandro Pertini betont in einer Rede vor den Abgeordneten, daß auf dem Mailänder Gipfeltreffen eine Regierungskonferenz über den Vertragsentwurf zur Europäischen Union einberufen werden müsse. Der amtierende Ratspräsident, der italienische Außenminister Giulio Andreotti, stellt fest, daß folgende Sachthemen im Mittelpunkt der weiteren Ratsarbeit stehen müßten: Verwirklichung des Binnenmarktes, Stärkung des EWS, Stärkung der technologischen Grundlage Europas, Umwelt, Europa der Bürger, Institutionalisierung der politischen Zusammenarbeit. Mit 243 zu 43 Stimmen nehmen die Abgeordneten den Haushalt 1985 in Höhe von 28,43 Mrd.

ECU an. Das Parlament verabschiedet Entschlüsse u.a. zum Mailänder Gipfeltreffen und zu den Beziehungen zwischen der EG und Lateinamerika.

Wirtschaftspolitik

11. Juni: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Luxemburg über mittel- und langfristige Perspektiven des EWS, über die Investitionen und Beschäftigung in der Gemeinschaft, Haushaltsdisziplin und über die Steuerbefreiung für Reisende, Kleinsendungen und Treibstoff.

Agrarpolitik

11./12. Juni: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg u.a. über die Festsetzung von Preisen für Getreide, Raps und Rüben. Die deutsche Delegation stellt fest, daß einige Lösungen, die für den Getreidesektor ins Auge gefaßt wurden, sehr wichtige nationale Interessen berühren und legt ein Veto ein. Andere Delegationen erklären, daß sie unter diesen Umständen nicht an der Abstimmung teilnehmen könnten.

Spanien/Portugal

12. Juni: In Gegenwart von Regierungschefs und Außenministern der EG-Staaten werden zuerst in Lissabon und dann in Madrid die Akte über den Beitritt Portugals und Spaniens zur Gemeinschaft feierlich unterzeichnet.

Sozialpolitik

13. Juni: Der Rat der Arbeits- und Sozialminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg u.a. über spezifische beschäftigungsfördernde Maßnahmen, über Elternurlaub aus familiären Gründen und über die Entsprechung der beruflichen Befähigungsnachweise zwischen den Mitgliedstaaten der EG.

Binnenmarktpolitik

14. Juni: In Schengen (Luxemburg) unterzeichnen Vertreter der fünf EG-Mitgliedstaaten Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Niederlande ein Abkommen über die Erleichterung des Grenzverkehrs. Die Kommission übermittelt dem Europäischen Rat ein Weißbuch über die Vollendung des Binnenmarktes, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zu treffen sind, um bis 1992 alle mate-

riellen, technischen und steuerlichen Schranken zwischen den EG-Staaten zu beseitigen.

Lateinamerika

16.-20. Juni: Die interparlamentarische Konferenz EWG-Lateinamerika findet in Brasilien statt und endet mit einstimmigen Annahme einer Schlußerklärung.

Mexiko

17. Juni: Der mexikanische Staatspräsident Miguel de la Madrid Hurtado stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

18./19. Juni: Der Rat der Außenminister erörtert auf seiner Tagung in Luxemburg den Europäischen Rat in Mailand, die Beziehungen zum RGW sowie die Integrierten Mittelmeerprogramme und verabschiedet eine Erklärung zu den Beziehungen EG-Japan, in der Japan aufgefordert wird, konkrete Schritte zur Herstellung ausgewogener Handelsströme zu unternehmen. Am Rande der Tagung kommen die Außenminister zu einem informellen Treffen im Rahmen der EPZ zusammen und verurteilen die Haltung Südafrikas in bezug auf die südafrikanische Militäraktionen gegen Botsuana und zur Einsetzung einer Interimsregierung in Namibia. In einer Erklärung zum KSZE-Expertentreffen in Ottawa bedauern die Zehn, daß auf dem Treffen keine Fortschritte erzielt worden sind.

Europäischer Gerichtshof

19. Juni: Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten einigen sich darauf, Ole Due, René Joilet, Konstantinos Kakuris und Thomas Francis O'Higgins für die Zeit vom 7. Oktober 1985 bis zum 6. Oktober 1991 zu Richtern am Gerichtshof zu ernennen.

Guatemala

19. Juni: Der Außenminister Guatemalas, Fernando Andrade, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab und unterrichtet sie über den fortschreitenden Demokratisierungsprozeß in seinem Land.

Europäische Parteienzusammenschlüsse

19./20. Juni: Führende christdemokratische Politiker der EG-Mitgliedstaaten treffen sich in Rom und beraten über die Vorbereitungen des

Europäischen Rates in Mailand und fordern in einer Erklärung die Verstärkung der Rechte des EP, Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, den eingeschränkten Rückgriff auf das nationale Veto-Recht, eine Stärkung der Rolle der Kommission sowie besser abgestimmte Aktionen beim Umweltschutz und beim Europäischen Währungssystem.

Haiti

20. Juni: Der Außenminister von Haiti, Estime, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Energiepolitik

20. Juni: Der Ministerrat für Energiefragen erörtert auf seiner Tagung in Luxemburg Fragen der Raffinerieindustrie und des Demonstrationsvorhabens im Energiebereich und die technologische Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe.

Malaysia

21. Juni: Der Außenminister Malaysias, T.A. Rithanddeen, stattet der Kommission in seiner Eigenschaft als Präsident des ständigen Ausschusses des ASEAN-Paktes einen offiziellen Besuch ab.

Entwicklungspolitik

21. Juni: Der AKP-EWG-Ministerrat berät in Luxemburg über die Hungersnot in Afrika, über die Auswirkungen der Süderweiterung der Gemeinschaft auf die AKP-Staaten und über Investitionen in den AKP-Staaten.

Verkehrspolitik

24. Juni: Der Rat der Verkehrsminister beschäftigt sich auf seiner Tagung in Luxemburg mit Fragen des Seeverkehrs, der Entwicklung einer gemeinsamen Verkehrspolitik, sowie der Sicherheit des Flugverkehrs.

Rumänien

25. Juni: Der für auswärtige Angelegenheiten zuständige Minister Rumäniens, Stefan Andrei, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Regionalpolitik

25. Juni: Der Rat der Außenminister beschließt auf seiner Tagung in Luxemburg die Verordnung

über die Integrierten Mittelmeerprogramme mit einer Laufzeit von längstens sieben Jahren.

Jugoslawien

26.-28. Juni: Kommissionsmitglied Claude Cheysson stattet Belgrad einen offiziellen Besuch ab.

Vereinigte Staaten

27. Juni: Der amerikanische Vizepräsident, George Bush, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab und berät mit Kommissionsvertretern über die bilateralen Beziehungen, landwirtschaftliche Produkte und den internationalen Terrorismus.

Umweltpolitik

27./28. Juni: Der Ministerrat für Umweltschutz einigt sich auf seiner Tagung in Luxemburg auf niedrigere Emissionsnormen bei Kraftfahrzeugen, berät u.a. die Verordnungen über die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) und die Grenzwerte und die Qualitätsziele für die Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in Gewässer. Die Deutschen können sich mit ihrer Forderung nach höheren Abgaswerten nicht durchsetzen, stimmen aber dem Kompromiß zu, der nur von den Dänen nicht mitgetragen wird.

Europäischer Rat

28.-30. Juni: Auf dem EG-Gipfeltreffen in Mailand legen Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland überraschend einen gemeinsamen Vertragsentwurf für eine Europäische Union vor, der bei mehreren Partnern auf Zurückhaltung, bei einigen auch auf Verstimmung stößt. Gleichzeitig unterbreiten das Vereinigte Königreich ein Arbeitspapier zur EPZ und die französische Regierung ein Memorandum zur Fortentwicklung der Gemeinschaft. Die Kommission legt ein Memorandum für eine Europäische Technologiegemeinschaft sowie ihr Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes vor. Nach harten Auseinandersetzungen beschließt der Europäische Rat gegen die Stimmen Großbritanniens, Dänemarks und Griechenlands die Einberufung einer Regierungskonferenz, die bis Ende des Jahres eine Reform der Römischen Verträge erarbeiten soll, mit dem Ziel den Beschlußfassungsprozeß im Rat zu beschleunigen, die Rolle des EP zu stärken, die Verwaltungsbe-

fugnisse der Kommission zu erhöhen, den gemeinsamen Binnenmarkt bis 1992 zu vollenden und die politische Zusammenarbeit zu intensivieren. Außerdem beraten die Staats- und Regierungschefs über das ‚Europa der Bürger‘, die wirtschaftliche und soziale Lage in der EG, die gemeinsame Technologiepolitik, die Beziehungen zu Japan, über Maßnahmen gegen den Hunger in Afrika und über eine Reaktivierung des Dialogs EWG – COMECON.

Juli

Ministerrat

1. Juli: Der Ratsvorsitz geht von Italien an Luxemburg über.

Währungspolitik

1. Juli: Die Bank von Griechenland, deren Währung seit dem September 1984 im ECU-Korb vertreten ist, tritt mit heutiger Wirkung dem EWS-Abkommen bei, obwohl Griechenland vorerst nicht am EWS-Wechselkursmechanismus teilnehmen wird.

Ministerrat

1. Juli: Delegationen Spaniens und Portugals nehmen ab dem 1. Juli als Beobachter an den Aktivitäten des Rates teil, soweit Fragen der Tätigkeit der Gemeinschaft nach dem 1.1.1986 betroffen sind.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

3./4. Juli: Auf seiner 228. Plenartagung in Brüssel führt der WSA eine eingehende Aussprache über die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft durch und verabschiedet mehrere Stellungnahmen zu diesem Komplex. Außerdem ändert er seine Geschäftsordnung im Hinblick auf die Aufnahme der Vertreter Spaniens und Portugals.

Internationales Jahr der Jugend

7.-13. Juli: Im Rahmen des Internationalen Jahres der Jugend veranstalten die Kommission und die italienischen Behörden in Turin eine Woche zum Thema „Junge Europäer und Neue Technologien“.

Wirtschaftspolitik

8. Juli: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Brüssel Fra-

gen der Haushaltsdisziplin der Gemeinschaft, die zweite vierteljährliche Überprüfung der wirtschaftlichen Lage in der Gemeinschaft sowie steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten.

Europäisches Parlament

8. – 12. Juli: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten führen eine Aussprache über die Tagung des Europäischen Rates in Mailand, debattieren über wichtige Themen wie den Vorentwurf des Haushaltsplanes 1986 und die Agrarhandelsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten. Der amtierende Ratspräsident, Jacques Santer, erläutert das Programm des luxemburgischen Ratsvorsitzes.

Agrarpolitik

15./16. Juli: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel nicht über die Festsetzung der Getreidepreise für das Wirtschaftsjahr 1985/86, das für Landwirtschaft und Fischerei zuständige Mitglied der Kommission, Frans Andriessen, legt dem Rat das von der Kommission erarbeitete Grünbuch über die Perspektiven der Gemeinsamen Agrarpolitik vor.

Europäischer Gerichtshof

16. Juli: Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten beschließen, Herrn Fernand Schockweiler für die Zeit vom 7.10.1985 bis zum 6.10.1991 zum Richter am Gerichtshof, sowie Jean Mischo für die Zeit vom 1.1.1986 bis 6.10.1991 zum Generalanwalt zu ernennen.

Eureka

17. – 19. Juli: Siebzehn europäische Länder (die erweiterte Gemeinschaft, Österreich, Finnland, Norwegen, Schweden, Schweiz) beschließen auf der ersten Eureka-Ministerkonferenz in Paris eine Zusammenarbeit in der Spitzentechnologie.

Japan

19. Juli: Der japanische Premierminister, Jasuhiro Nakasone, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche u.a. über die Weltwirtschaft und die bilateralen Beziehungen.

Singapur

13. – 15. Juli: Kommissionsmitglied Claude Cheysson stattet Singapur einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche über internationale Wirtschaftsfragen und die neuen Kooperationsformen zwischen ASEAN und der EG.

Währungspolitik

20. Juli: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen und die Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedstaaten beschließen, die Leitkurse innerhalb des Europäischen Währungssystems anzupassen; die italienische Lira wird um 6 % abgewertet, alle übrigen Währungen um 2 % aufgewertet.

Argentinien

22. Juli: Der argentinische Agrarminister, Lucio Reca, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab, berichtet über die schwierige Situation, in der sich sein Land befindet und ersucht die EG um Unterstützung insbesondere im Bereich der Agrarausfuhren.

Außenbeziehungen/EPZ

22./23. Juli: Der Rat der Außenminister beschließt, im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rates in Mailand am 9. September 1985 eine Konferenz der Außenminister der Mitgliedsländer abzuhalten, auf der die im EWG-Vertrag vorzunehmenden Änderungen im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt werden sollen. Weitere Beratungsthemen sind: Verbesserung der Arbeitsweise der EG-Organen, Ausbau der technologischen Zusammenarbeit in Europa, die Beziehungen zu den Golfstaaten, Mittelamerika, den EFTA-Ländern, die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten, die Integrierten Mittelmeerprogramme und die Haushaltsdisziplin. Am Rande der Tagung geben die Minister im Rahmen der EPZ Erklärungen zum internationalen Terrorismus, zur Lage im Nahen Osten, in Afghanistan, sowie zu Südafrika ab.

Pakistan

23. Juli: In Brüssel unterzeichnet die Kommission ein Abkommen über handelspolitische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Pakistan mit einer Laufzeit von fünf Jahren.

Wirtschaftspolitik

25. Juli: Der Ministerrat für Industrie-, Eisen- und Stahlpolitik berät auf seiner Tagung in Brüssel die gemeinsame Stahlpolitik nach 1985 sowie Änderungen des Quotensystems und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten im Stahlbereich.

Anden-Pakt

25. – 31. Juli: Kommissar Claude Cheysson stattet drei Ländern des Anden-Paktes (Kolumbien, Peru, Venezuela) einen offiziellen Besuch ab.

Außenbeziehungen

30. Juli: Das für auswärtige Beziehungen zuständige Kommissionsmitglied, Willy De Clercq, empfängt den Botschafter Rumäniens, um ihm ein Schreiben an den Sekretär des RGW, Sytchov, zu übergeben, in dem bestätigt wird, daß die EG bereit ist, den seit 1981 unterbrochenen Dialog mit dem RGW wieder aufzunehmen.

August

Wirtschaftspolitik

6. August: Der Ministerrat für Industrie-, Eisen-, und Stahlpolitik genehmigt auf seiner Tagung in Brüssel eine zusätzliche Selbstbeschränkungsvereinbarung mit den USA über Eisen- und Stahlerzeugnisse für einen Zeitraum von fünf Monaten (bis Ende Dezember 1985).

September

Neuseeland/Australien

3. – 13. September: Der für die Landwirtschaft zuständige Vizepräsident der Kommission, Frans Andriessen, besucht Neuseeland und Australien. In beiden Ländern trifft er mit dem Premierminister, dem Landwirtschaftsminister und dem Handelsminister zu Gesprächen zusammen.

Saudi-Arabien

8./9. September: Das für Nord-Süd-Beziehungen zuständige Kommissionsmitglied Claude Cheysson stattet Saudi Arabien einen offiziellen Besuch ab.

Regierungskonferenz

9./10. September: In Luxemburg treffen sich die Außenminister der Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals zur ersten vom Europäischen Rat in Mailand eingesetzten Regierungs-

konferenz über die institutionelle Reform der EG und beraten über die Ausdehnung der Tätigkeitsbereiche, die Erneuerung der vertraglichen Grundlagen und der Entscheidungsverfahren der EG. Die Minister beschließen, bis Mitte Oktober verhandlungsfähige Textentwürfe vorzulegen, über die von den Regierungschefs unter Beteiligung von Spanien und Portugal Anfang Dezember auf ihrer nächsten Gipfelkonferenz in Luxemburg entschieden werden soll.

Europäisches Parlament

9. – 13. September: Tagung des EP in Straßburg. Mit 227 gegen 16 Stimmen (bei 27 Enthaltungen) wird der Beitritt von Spanien und Portugal zur EG von den Abgeordneten gebilligt. Das Parlament verabschiedet Entschlüsse, u.a. für ein Verbot aller Kernwaffenversuche, zu politischen Gefangenen in der Sowjetunion, eine Verurteilung der „geheimdienstlichen Aktionen“ Frankreichs gegen ein Schiff der Umweltschutzorganisation ‚Greenpeace‘ sowie zu Maßnahmen gegen Südafrika und zur Zypern-Frage.

Agrarpolitik

16. September: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg u.a. über die Getreidepreise und den Schutz des Waldes; er genehmigt die Verordnung über den Abschluß des am 21.5.1985 unterzeichneten Abkommens über kommerzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EG und der Volksrepublik China.

Außenbeziehungen

16. – 20. September: Eine Delegation der Gemeinschaft trifft mit einer Ad-hoc-Gruppe aus Vertretern der Länder des zentralamerikanischen Isthmus (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama) zusammen, um ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit auszuhandeln.

Haushaltspolitik

17./18. September: Der Ministerat für Haushaltsangelegenheiten empfängt zu seiner Tagung in Luxemburg eine Delegation des EP, um den Vorentwurf des Haushaltsplanes 1986 zu erörtern. Der Rat billigt gegen die Stimmen Griechenlands, Irlands und Italiens den Entwurf des Haushalts für 1986 in Höhe von 32,06 Mrd. ECU.

Vereinigte Staaten

17./18. September: Im Rahmen der Suche nach einer globalen Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Gemeinschaft im Bereich Massentahl finden Konsultationen in Washington statt.

Ruanda

19. September: Der Präsident der Republik Ruanda, Juvel Habyarimana, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Finnland

19. September: Der finnische Handelsminister, Jermu Laine, stattet der Kommission in Brüssel – vor allem in seiner Eigenschaft als amtierender Präsident des EFTA-Rates – einen offiziellen Besuch ab, um bilaterale Fragen und die Umsetzung der Erklärung von Luxemburg auf die künftige Arbeit der EG-EFTA und die Anpassung der Freihandelsabkommen in Folge des Beitritts Spaniens und Portugals zu erörtern.

Europarat/Kommission

20. September: Der jährliche Meinungsaustausch zwischen dem Generalsekretär der Kommission und den Vertretern der Minister des Europarates findet in Straßburg statt.

Uruguay

20. September: Der uruguayische Minister für Landwirtschaft und Fischerei, Vazquez-Platero, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab.

Soforthilfe Mexiko

20. September: Die Kommission beschließt eine Soforthilfe in Höhe von 500 000 ECU für die mexikanische Bevölkerung, die von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht wurde.

Algerien

21./22. September: Das für die Mittelmeerpolitik und Nord-Süd-Beziehungen zuständige Kommissionsmitglied Claude Cheysson stattet Algerien einen offiziellen Besuch ab.

EFTA

23. September: Kommissionspräsident Jacques Delors trifft mit Botschaftern der EFTA-Länder zu einem Gedankenaustausch über die Entwicklung der EG-Außenbeziehungen zusammen.

Vereinigte Staaten

25./26. September: Im Rahmen der Suche nach einer globalen Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Gemeinschaft im Bereich Massentahl finden in Brüssel Konsultationen statt.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

25./26. September: Auf seiner 229. Plenartagung genehmigt der WSA die Grundzüge zweier Dokumente der Kommission in den Bereichen Fernsehen, sowie Film- und Fernsehkooperationen und verabschiedet eine Initiativstellungnahme zum Grünbuch über die Errichtung eines gemeinsamen Marktes.

Europarat

25. September – 3. Oktober: Die Parlamentarische Versammlung des Europarates verurteilt auf ihrer Tagung in Straßburg eine Überreaktion der europäischen Regierungen in der Frage der asylsuchenden Asylanten und fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, das Asylrecht zu vereinfachen. In weiteren Entschlüssen fordert sie den Abbau des Visumzwangs für Türken in den Mitgliedsländern sowie den Schutz der türkischen Minderheit in Bulgarien, sie fordert die sowjetische Regierung auf, ausreisewilligen Juden die Ausreisung aus der Sowjetunion zu gestatten und die „antijüdische Propaganda“ einzustellen. In einer Dringlichkeitsdebatte berät die Versammlung die Lage in Südafrika, außerdem billigt sie die Empfehlungen der Colombo-Sonderkommission, die die Perspektiven der europäischen Zusammenarbeit untersucht hat.

Fischereipolitik

27. September: Der Ministerrat für Fischereiangelegenheiten genehmigt auf seiner Tagung in Luxemburg u.a. Verordnungen zum Verbot des Heringfangs und zum Umweltschutz.

Kulturpolitik

28. September – 6. Oktober: In Lille findet das von der Kommission organisierte Festival des europäischen Films statt. Der mit 5000 ECU dotierte Preis geht nach Dänemark.

Japan

30. September/1. Oktober: Das 4. Symposium EG – Japan über industrielle Zusammenarbeit, das von der Kommission und vom japanischen

Ministerium für Handel und Industrie veranstaltet wird, findet in Tokio statt.

Indien

30. September – 2. Oktober: Das für Nord-Süd-Beziehungen zuständige Kommissionsmitglied Cheysson stattet Indien einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit dem Präsidenten Cail Singh und Premierminister Gandhi.

Oktober

Allgemeine Angelegenheiten

1. Oktober: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg das Kooperationsabkommen mit den Mittelmeerländern nach der Süderweiterung der EG, neue Technologien, den Haushaltsplan 1986 und die Beziehungen zu den USA. Am Rande der Tagung verurteilen die Außenminister im Rahmen des EPZ den israelischen Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis. Weitere Beratungsthemen sind der Nahe Osten, Südafrika und der COMECON.

Europäischer Gerichtshof

3. Oktober: Die Klage der Bundesrepublik Deutschland wegen Stahlbeihilfen wird vom Europäischen Gerichtshof zurückgewiesen.

Australien

5. – 11. Oktober: Eine Delegation der Kommission stattet Australien einen offiziellen Besuch ab.

Binnenmarktpolitik

7. Oktober: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik berät in Luxemburg das Weißbuch der Kommission zur Vollendung des Binnenmarktes, das Luxemburger Gemeinschafts-Patent über Einkommen und über das ‚Europa der Bürger‘.

Europäisches Parlament

7. – 11. Oktober: Tagung des EP in Straßburg. In einer Entschliebung begrüßt das Parlament das europäische Forschungsvorhaben Eureka als zivile Antwort auf das amerikanische Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI). Das Parlament ruft die europäischen Wissenschaftler auf, sich an der europäischen Technologiegemeinschaft aktiv zu beteiligen. Die Abgeordneten verurteilen alle terroristischen Akte im Nahen Osten und verfassen

Entschliebungen zur Lage der Menschenrechte in El Salvador und Chile, zu den Beziehungen zu den Golfstaaten, zur KSZE sowie zu einer diplomatischen Initiative im Libanon und fordern eine Erhöhung der EG-Hilfe für Mexiko.

China

12. – 20. Oktober: Eine Delegation der Kommission stattet China einen offiziellen Besuch ab.

Golf-Staaten

14. Oktober: In Luxemburg findet das erste Ministertreffen zwischen der Gemeinschaft und dem Kooperationsrat der Golf-Staaten (GCC) statt.

Eureka

15. Oktober: Europäische Luftfahrtkonzerne schließen ein Abkommen über Zusammenarbeit im Rahmen von Eureka.

Wirtschaftspolitik

17. Oktober: Auf seiner Tagung in Luxemburg setzt der Ministerrat für Industriepolitik, Eisen- und Stahlindustrie die Beratungen über die Stahlpolitik der Gemeinschaft nach 1985 fort und erörtert die Beziehungen der EG zu den USA auf dem Eisen- und Stahlsektor.

Wirtschaftspolitik

17./18. Oktober: In Bangkok treffen sich die Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten der EG sowie Portugals und Spaniens und der ASEAN, um über wirtschaftliche Fragen, Lage der Weltwirtschaft, bilaterale Beziehungen, Protektionismus, Wissenschaft und Technologie zu beraten.

Spanien

17. – 19. Oktober: Kommissionspräsident Jacques Delors hält sich zu einem offiziellen Besuch in Spanien auf, wo er in Madrid mit König Juan Carlos und einigen Ministern Gespräch führt.

Kulturpolitik

17. – 19. Oktober: In Madrid findet ein von der Kommission veranstaltetes Kolloquium über den europäischen Kulturraum statt.

Außenbeziehungen

18. Oktober: In Brüssel wird der Wortlaut eines Kooperationsabkommens zwischen der EG und den Partnerländern des Generalvertrages über

die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Honduras) sowie Panama paraphiert.

Norwegen/Schweden

21. Oktober: Trilaterale Konsultationen zwischen der EG, Norwegen und Schweden zur Regelung der Fischerei im Skagerak und im Kattegat für das Jahr 1986 werden aufgenommen.

Regierungskonferenz

21./22. Oktober: In Luxemburg treffen sich die Außenminister der Mitgliedstaaten unter Teilnahme der Außenminister Portugals und Spaniens zur zweiten Sitzung der Regierungskonferenz auf Außenministerebene. Der Entwurf eines Vertrages über die Politische Zusammenarbeit wird nicht behandelt. Die Außenminister treffen sich mit einer Delegation des EP.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

21./22. Oktober: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg die Mittelmeerpolitik der erweiterten Gemeinschaft, die Beziehungen der EG zu den USA, den Stand der Wirtschaft- und Handelsbeziehungen mit Japan. Am Rande der Tagung befassen sich die Außenminister im Rahmen der EPZ mit dem Nahen Osten und der amerikanischen Aktion im Rahmen der Entführung des Schiffes ‚Achille Lauro‘.

Agrarpolitik

21./22. Oktober: Der Rat der Landwirtschaftsminister erörtert auf seiner Tagung in Luxemburg die Preise für Getreide, Raps und Rübensamen, die Perspektiven für die Gemeinsame Agrarpolitik sowie Fragen des Wein- und Zuckersektors.

Europäisches Parlament

21.–25. Oktober: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Richard von Weizsäcker, stattet dem EP einen Besuch ab und führt in seiner Rede aus, daß Europa mit seinem Gewicht hinter dem zurückbleibe, was es im eigenen Interesse auf dem Gebiet der Ost-West-Beziehungen leisten könnte und sollte. Die Abgeordneten stimmen mit 131 zu 113 Stimmen (13 Enthaltungen) für den Bau eines Parlamentssaales mit 600 Sitzplätzen in Brüssel bis 1988. In einer Entschlie-

ßung zur Regierungskonferenz in Luxemburg zur Reform der Römischen Verträge fordert das EP die Mitgliedstaaten auf, ihre Überlegungen auf der Grundlage des Vertragsentwurfes des Europäischen Parlaments zu führen und eine angemessene Beteiligung des Parlaments am Reformprozeß zu gewährleisten. Außerdem fordert es die türkische Regierung auf, die Menschenrechte unverzüglich wieder herzustellen. Die gemischte Parlamentarierdelegation EG/Türkei soll weiterhin ihre Arbeit aussetzen. Das EP verabschiedet Entschlüsse mit einer Verurteilung der terroristischen Handlungen im Nahen Osten, zur stärkeren europäischen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung, übt Kritik an den Vereinigten Staaten wegen des amerikanischen Vorgehens im Zusammenhang mit der Entführung des Kreuzfahrtschiffes ‚Achille Lauro‘ sowie an der amerikanischen Haltung gegenüber Nicaragua.

Regierungskonferenz

22. Oktober: In Luxemburg treffen sich die Außenminister zum dritten Mal im Rahmen der Regierungskonferenz zur Reform der EG.

Forschungspolitik

23. Oktober: Der Rat der Forschungsminister trifft sich inoffiziell in Luxemburg, um einen Gedankenaustausch über das Memorandum der Kommission „Für eine Technologiegemeinschaft“ zu führen.

Soforthilfe Vietnam

25. Oktober: Die Kommission beschließt in Anbetracht der Verwüstungen, die mehrere Wirbelstürme und Wolkenbrüche zwischen September und Oktober in Vietnam verursachten, eine Soforthilfe in Höhe von 500 000 ECU.

Allgemeine Angelegenheiten

25.–27. Oktober: Auf ihrer Tagung in Luxemburg beraten die Außenminister der EG sowie Portugals und Spaniens über die Luxemburger Regierungskonferenz, die Mittelmeerpolitik der erweiterten Gemeinschaft, die Beziehungen zum RGW, über Mittelamerika, den Nahen Osten, die Ost-West-Beziehungen, die Lage in Südafrika, die Verschuldung in der Dritten Welt und die Lage in Argentinien.

Wirtschaftspolitik

28. Oktober: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Luxemburg den Jahreswirtschaftsbericht 1985 bis 1986, Schutzmaßnahmen der griechischen Regierung, die Haushaltsdisziplin in der EG, den Haushaltsplan 1986 und die private Verwendung der ECU.

Wirtschaftspolitik

29./30. Oktober: Der Ministerrat für Industriepolitik, Eisen- und Stahlindustrie berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die Stahlpolitik der Gemeinschaft nach 1985 und beschließt, ab Januar 1986 bis Dezember 1988 nur noch Beihilfen für Forschung und Entwicklung, Umweltschutzbeihilfen und Schließungsbeihilfen zuzulassen.

Sudan

30. Oktober: Der Premierminister von Sudan, Dafallah Lel Gizouli, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

30./31. Oktober: Auf seiner 30. Plenartagung gibt der WSA Stellungnahmen zum Grünbuch der Kommission über die Perspektiven der gemeinsamen Agrarpolitik, sowie zum 14. Bericht über die Wettbewerbspolitik und über die neuen energiepolitischen Ziele ab.

November

Fischereipolitik

4. November: Der Ministerrat für Fischereianglegenheiten befaßt sich auf seiner Tagung in Brüssel mit verschiedenen Fragen der gemeinsamen Fischereipolitik.

Entwicklungspolitik

4. November: Der Ministerrat für Entwicklungsfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel die Hungersnot in Afrika, Entwicklungshilfe und die Stellung der Frau in den Entwicklungsländern, die Koordinierung der gemeinschaftlichen Politiken und Aktionen und die Förderung des Handels und der Dienstleistungen der Entwicklungsländer.

Griechenland

5. November: Nach Belgien und Luxemburg ratifiziert Griechenland den Vertrag über den Beitritt Spaniens und Portugals zur Gemeinschaft.

Eureka

5./6. November: Minister aus 18 europäischen Ländern, sowie die Kommission treffen sich in Hannover zur zweiten Eureka-Ministerkonferenz und geben eine Grundsatzerklärung ab.

Europäische Parteienzusammenschlüsse

9. November: In Brüssel kommen die christdemokratischen Regierungschefs sowie Parteiführer der Mitgliedstaaten zusammen und beraten über die Europäische Union und die Regierungskonferenz in Luxemburg. In einer Erklärung sprechen sich die Konferenzteilnehmer für konkrete Fortschritte in Richtung auf die Europäische Union aus.

Energiepolitik

11. November: Der Ministerrat für Energiefragen erörtert auf seiner Tagung in Brüssel ein Programm zur Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe sowie zur Förderung von Demonstrationsvorhaben und von industriellen Pilotvorhaben durch Gewährung einer finanziellen Unterstützung.

Außenbeziehungen

11. November: Die Außenminister beraten in Brüssel über die Beziehungen EWG–Zentralamerika und den Entwurf eines Kooperationsabkommens.

Regierungskonferenz

11. November: In Luxemburg beraten die Außenminister der Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals über die Technologie- und Umweltpolitik. Die Minister beschließen, eine weitere Konferenz anzuberaumen.

Außenbeziehungen

11./12. November: Auf einer Tagung in Luxemburg zwischen Ministern der EG, Portugals und Spaniens sowie neun lateinamerikanischen Staaten (Mitgliedstaaten des Rates für Wirtschaftsintegration sowie den Contadora-Staaten) fordern die Konferenzteilnehmer eine friedliche Lösung der Krise in Mittelamerika, den Schutz der Menschenrechte, den Abbau von Rüstung und den allgemeinen Verzicht auf destabilisierende Maßnahmen in der Region und unterzeichnen ein wirtschaftliches Rahmenabkommen zwischen der EG und den Ländern Mittelamerikas.

Europäisches Parlament

11.-15. November: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten verabschieden in erster Lesung den Haushaltsentwurf 1986. In einer Entschließung zum ‚Europa der Bürger‘ stellt das Parlament mit Bedauern fest, daß der Ministerrat den Bericht des Ad-hoc-Ausschusses noch nicht in die Tat umgesetzt hat. Außerdem geben sie Stellungnahmen zum ‚Jahresbericht zur Wirtschaftslage‘, zum 14. Bericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik und zur Richtlinie über eine allgemeine Regelung für die Anerkennung der Hochschuldiplome ab.

Südkorea

12./13. November: In Seoul finden zum dritten Mal Konsultationen auf hoher Ebene u.a. zur Erörterung der Wirtschaftslage zwischen der Kommission und Südkorea statt.

Verkehrspolitik

14. November: Der Rat der Verkehrsminister erörtert auf seiner Tagung in Brüssel die Entwicklung einer gemeinsamen Verkehrspolitik.

Westeuropäische Union

14. November: In Rom tagt der Ministerrat der WEU und betont in einer Abschlusserklärung, daß gegen eine Beteiligung europäischer Firmen an den SDI-Forschungen keine Einwände bestünden.

Soforthilfe Kolumbien

15. November: Die Kommission beschließt eine Soforthilfe von 500 000 ECU zugunsten der durch den Ausbruch des Vulkans Nevado Del Ruiz in Kolumbien betroffenen Bevölkerung.

Japan

18. November: In Tokio treffen sich die Minister der EG und Japans zu weiteren Beratungen über die bilateralen Handelsbeziehungen.

Wirtschaftspolitik

18. November: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Vorbereitung des Europäischen Rates in Luxemburg, die Abschaffung der Steuergrenzen und über Gemeinschaftsdarlehen an Griechenland.

Agrarpolitik

18./19. November: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt auf seiner Tagung in Brüssel seine Beratungen über verschiedene Fragen fort und berät insbesondere das Grünbuch über Perspektiven der gemeinsamen Agrarpolitik.

Benelux

19. November: In Brüssel treffen die Ministerpräsidenten und Außenminister der Benelux-Staaten zusammen und beraten über die Luxemburgische Regierungskonferenz. In einem Kommuniqué fordern sie unverzüglich konkrete Schritte hin auf die Schaffung einer Europäischen Union durch eine Reform der Gründungsverträge der EG.

Regierungskonferenz/EPZ

19. November: Auf ihrer Tagung in Luxemburg beraten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Portugals und Spaniens über die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes, die Rolle des Europäischen Parlaments und die EPZ. Am Rande der Tagung erörtern die Außenminister im Rahmen der EPZ die Lage im Nahen Osten, das KSZE-Kulturforum in Budapest, den Krieg zwischen Irak und Iran sowie die Lage in Südafrika.

Soforthilfe Kolumbien

20. November: Angesichts des Ausmaßes der Katastrophe in Kolumbien stellt die Kommission eine weitere Soforthilfe in Höhe von 1,5 Mio. ECU für die vom Vulkanausbruch betroffene Bevölkerung zur Verfügung.

Soforthilfe Thailand

20. November: Angesichts der schwierigen Lage der Vertriebenen längs der thailändischen Grenze beschließt die Kommission eine Soforthilfe von 300 000 ECU.

Europarat

20. November: Auf der Tagung des Ministerkomitees des Europarates in Straßburg beraten die Minister über die Situation im südlichen Afrika und über das Problem der Hungersnot in einigen Regionen Afrikas, erörtern den Bericht der Colombo-Kommission an den Europarat und schließen sich dessen Vorschlägen an. Weitere Beratungsthemen sind Menschenrechte, Beziehungen zur EG und die Ost-West-Beziehungen.

Regierungskonferenz

25./26. November: Auf ihrem Treffen in Brüssel beschließen die Außenminister der Mitgliedstaaten sowie Portugals und Spaniens, für den Vorabend des Europäischen Rates in Luxemburg eine letzte Konferenzrunde anzuberaumen.

Allgemeine Angelegenheiten

25./26. November: Der Rat der Außenminister erörtert auf seiner Tagung in Brüssel die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates in Luxemburg, die Mittelmeerpolitik der erweiterten Gemeinschaft und die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan.

Haushaltspolitik

26./27. November: Der Ministerrat für Haushaltsfragen erörtert auf seiner Tagung in Brüssel in zweiter Lesung den Entwurf des Haushaltsplanes der EG für 1986. Der Rat empfängt eine Delegation des EP zur Konsultation über den Haushaltsentwurf.

Wirtschaftspolitik

27. November: Die Kommission gibt die vorläufigen prozentualen Kürzungen für Stahlerzeugungsquoten für das erste Quartal 1986 bekannt.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

27./28. November: Der WSA gibt auf seiner 231. Plenartagung Stellungnahmen zum Jahreswirtschaftsbericht 1985–86 und zum Weißbuch über die Vollendung des Binnenmarktes ab.

Umweltpolitik

28./29. November: Der Ministerrat für Umweltschutz berät auf seiner Tagung in Brüssel über abgasarme Kraftfahrzeuge und das europäische Umweltjahr.

Rechnungshof der EG

29. November: Der Rechnungshof legt den Organen der Gemeinschaft seinen Jahresbericht über die Ausführung des Gesamthaushaltsplanes der EG im Haushaltsjahr 1984 und die Abwicklung der Vorhaben des Europäischen Entwicklungsfonds im gleichen Jahr vor.

Sozialpolitik

30. November: Die Kommission beschließt die Leitlinien für die Verwaltung des Europäischen

Sozialfonds in den Haushaltsjahren 1986–1988 im Hinblick auf den Beitritt Spaniens und Portugals zu ändern.

Dezember

Regierungskonferenz/EPZ

1./2. Dezember: In Luxemburg beraten die Außenminister der EG sowie Portugals und Spaniens die Ergebnisse der Regierungskonferenz und bereiten das Treffen des Europäischen Rates vor. Am Rande der Tagung erörtern die Außenminister im Rahmen der EPZ Fragen der Ost-West-Beziehungen nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Genf, die Lage im Nahen Osten, in Südafrika sowie in Mittelamerika.

Europäischer Rat

2./3. Dezember: Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals einigen sich auf der Tagung des Europäischen Rates in Luxemburg auf ein Reformpaket, das u.a. die Vollendung des Binnenmarktes, den Ausbau einer Wirtschafts- und Währungsunion, die Erweiterung der Rechte und Befugnisse der Kommission sowie des Europäischen Parlaments und eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Technologie und Umwelt vorsieht. Außerdem wurde festgelegt, daß in bestimmten Fällen der Übergang vom Prinzip der Einstimmigkeit zum System der qualifizierten Mehrheit erleichtert werden soll. Dänemark erklärt, daß es zu den in Luxemburg ausgehandelten Texten nicht Stellung nehmen kann; es bestehe daher seitens Dänemarks noch ein allgemeiner Vorbehalt.

Kanada/Australien

2.–6. Dezember: Zwischen der Kommission und Vertretern der australischen und kanadischen Regierung finden Konsultationen im Rahmen der Euratom-Verträge statt.

Thailand

4. Dezember: In Brüssel beraten Delegationen aus Thailand und der EG u.a. über ihre bilateralen Beziehungen.

Sozialpolitik

5. Dezember: Auf seiner Tagung in Brüssel berät der Rat der Arbeits- und Sozialminister u.a.

über die Richtlinienvorschläge ‚Lärm‘, den Beschlußvorschlag ‚COMETT-Programm‘ und die Anpassung des Europäischen Sozialfonds im Hinblick auf den Beitritt Spaniens und Portugals.

Rumänien

9. Dezember: In Brüssel findet ein Treffen auf Ministerebene zwischen der EG und Rumänien zur Beratung der bilateralen Beziehungen statt.

Wirtschaftspolitik

9. Dezember: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Brüssel den Jahreswirtschaftsbericht 1985/86, die Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie die Abschaffung von Steuergrenzen.

Agrarpolitik

9./10. Dezember: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Preise von Getreide, Raps und Rübensamen, eine Gemeinschaftsregelung für Zucker und Fleischverordnungen.

Europäisches Parlament

9.–13. Dezember: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten weisen mit 244 zu 47 Stimmen (9 Enthaltungen) die Ergebnisse des Europäischen Rates in Luxemburg in der „gegenwärtigen Form“ zurück. Eine endgültige Entscheidung werde vom Ausgang der Außenministertagung am 16./17. Dezember abhängig gemacht. Das Parlament beschließt in seiner zweiten Lesung über den Haushalt 1986 eine Aufstockung des vom Ministerrat in zweiter Lesung verabschiedeten Budget, es kommt überein jährlich einen nach dem sowjetischen Regimekritiker Andrej Sacharow benannten Preis für Verdienste um die Menschenrechte zu stiften. Außerdem verabschiedet es Entschlüsse zur Rolle der UNESCO, zu Eureka, zu den amerikanischen Handelsbeschränkungen gegenüber europäischen Einfuhren, zur Lage der Menschenrechte in Afghanistan, zu Ost-Timor, der Türkei sowie der UdSSR, und über den Stand der Verfahren zur Ratifizierung des Abkommens über die Gründung der Europäischen Stiftung. Es verurteilt in einer Entschlußung alle Hilfeleistungen an die UNITA-Bewegung in Angola und fordert in einer weiteren Entschlußung die Einstellung aller Umsiedlungen in Äthiopien.

Spanien

10. Dezember: Der spanische Ministerpräsident Felipe González stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche über den Beitritt seines Landes zur EG.

Forschungspolitik

10. Dezember: Der Ministerrat für Forschung genehmigt auf seiner Tagung in Brüssel das Arbeitsprogramm 1986 ESPRIT und setzt seine Beratungen über Fragen der gemeinsamen Forschungspolitik fort.

Wirtschaftspolitik

11. Dezember: Die Kommission verlängert die Gültigkeitsdauer der gegenwärtigen Regelung für staatliche Beihilfen zugunsten der Kohleindustrie, die bis zum 31.12.1985 befristet waren, um sechs Monate.

Haushaltspolitik

11. Dezember: Der Ministerrat für Haushaltsangelegenheiten erörtert zusammen mit einer Delegation des Parlaments in zweiter Lesung den Haushalt 1986.

Zypern

12. Dezember: Der Außenminister Zyperns, G. Iavocou, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Kommissionsmitglied Claude Cheysson über die zukünftigen Verhandlungen zwischen Zypern und der EG im Hinblick auf den Übergang zur zweiten Stufe des Abkommens zur Errichtung einer Zollunion.

Binnenmarktpolitik/Verbraucherschutz

12. Dezember: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik und Verbraucherschutz erörtert auf seiner Tagung in Brüssel das Aktionsprogramm zur Vollendung des Binnenmarktes und einigt sich auf Richtlinien über den Verbraucherschutz im Falle von Haustürgeschäften.

Vereinigte Staaten

13. Dezember: Eine amerikanische Ministerdelegation unter Leitung des amerikanischen Außenministers, George P. Schultz, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche über die bilateralen Beziehungen, die Weltwirtschaft, Finanzfragen, die Verschuldung in der Dritten Welt, den Protektionismus und über den Agrarbereich.

Soforthilfe Angola/Moçambique

14. Dezember: Die Kommission beschließt eine Soforthilfemaßnahme in Höhe von 8 Mio. ECU zugunsten der von einer Dürre heimgesuchten Länder Angola und Moçambique.

Schweden

16. Dezember: Der schwedische Finanzminister, Kyell-Olaf Feldt, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Regierungskonferenz/EPZ

16./17. Dezember: Der Rat der Außenminister, Vertreter der Kommission und Spaniens und Portugals beenden auf ihrer Tagung in Brüssel die Beratungen über das Reformpaket, das jetzt allen Mitgliedstaaten, den beigetretenen Staaten Spanien und Portugal, dem Europäischen Parlament sowie der Kommission unverzüglich zugeleitet wird. Einige Vorschläge insbesondere betreffend die Kultur wurden jedoch nicht behandelt. Am Rande der Tagung beraten die Außenminister im Rahmen der EPZ über die Lage in Südafrika, die Lage der Armenier in der Türkei und geben eine Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen ab, in der sie das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen in Genf begrüßen.

Japan

16.–18. Dezember: Das für Energie verantwortliche Mitglied der Kommission, Nicolas Mosar, reist nach Tokio, um mit den japanischen Behörden Gespräche über Fragen der Energiepolitik zu führen.

Fischereipolitik

16.–18. Dezember: Der Ministerrat für Fischereiangelegenheiten berät auf seiner Tagung in Brüssel die gemeinsame Fischereipolitik und die zulässigen Gesamtfangmengen und Quoten für das Jahr 1986.

Jugendpolitik

17.–19. Dezember: In Straßburg findet die erste Konferenz der für Jugendfragen zuständigen Minister zum Thema „Die Lage der Jugendlichen in Europa, die Beteiligung der Jugendlichen und die europäische Zusammenarbeit bei Jugendfragen“ statt.

Peru

18. Dezember: Der peruanische Planungsminister Tantalean Urbulu stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

18./19. Dezember: Der WSA tritt zu seiner 232. Plenarsitzung zusammen und gibt eine Stellungnahme zu dem Vorschlag der Kommission für die neue ‚Zuckerregelung‘ ab und erörtert die Arbeiten der Konferenz der Regierungschefs der Mitgliedstaaten und des Europäischen Rates von Luxemburg.

Spanien

19. Dezember: Der spanische Premierminister Felipe González und der spanische Außenminister Francisco Fernández Ordoñez statten der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab und führen Gespräche mit Kommissionspräsident Jacques Delors über den Stand der Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung der Beitrittsbestimmungen in Spanien.

Agrarpolitik

19./20. Dezember: Der Rat der Landwirtschaftsminister beschließt auf seiner Tagung in Brüssel, die Hormonfütterung bei der Tierzucht ab Januar 1988 zu unterbinden und berät das Grünbuch der Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik.

Fischereipolitik

20. Dezember: Der Ministerrat für Fischereiangelegenheiten setzt seine Tagung vom 16.–18.12. in Brüssel fort und berät u.a. die Beziehungen im Bereich der Fischerei zu einigen Drittländern und einigen internationalen Organisationen.

Kulturpolitik

20. Dezember: Der Ministerrat für Kulturpolitik erörtert auf seiner Tagung in Brüssel Fragen der europäischen Kulturpolitik, u.a. die Förderung der europäischen Produktion audiovisueller Programme.

Jordanien

20.–23. Dezember: Kommissionsmitglied Claude Cheysson stattet Jordanien einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche u.a. mit König Hussein und Premierminister Zeyd Rifai über die Möglichkeit eines Ausbaus des Handels.

Zypern

23./24. Dezember: Kommissionsmitglied Claude Cheysson stattet Zypern einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräch über die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Zypern.

EPZ

30. Dezember: Im Rahmen der EPZ veröffentlichen die Außenminister eine Erklärung zum 6. Jahrestag der sowjetischen Invasion in Afghanistan, in der sie die sowjetische Besatzung und

Menschenrechtsverletzungen verurteilen und den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen fordern.

EPZ

31. Dezember: Im Rahmen der EPZ veröffentlichen die Außenminister eine Erklärung zu den Terroranschlägen auf die Flughäfen von Rom und Wien, in der sie den internationalen Terrorismus verurteilen und eine gemeinsame Anstrengung zu dessen Bekämpfung fordern.